

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verkaufspreis: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25 341
Für die Nachrichten: Nr. 20 011
Schreibleitung u. Druckerei: Nr. 20 011
Dresden - U. 1, Markstraße 29/30

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 2.30 RM. (einschl. Porto). Für Krüge-
lein, nach Postweg 2.20 RM. einschließlich 50 Wg. Postgebühr (ohne Wochenauslieferung) bei 7 mal
wöchentlichem Versand. Anzeigenpreis 10 Wg. oberhalb 20 Wg. Anzeigenpreis: Die
einzelnen 20 mm breite Zeile 25 Wg., für mindestens 40 Wg., bis 20 mm breite Anzeigen 200 Wg.,
ausserhalb 200 Wg. ab. Anzeigenpreis 10. Text, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Wg., oberhalb 25 Wg. Offizieller Preis 20 Wg. Unentgeltliche Mitteilungen gegen Bezahlung.

Druck v. Verlag: Neppach & Neukirch,
Dresden, Weißhof-Str. 10/11, Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nr. 20) zulässig. Unentgeltliche
Schulbücher werden nicht angenommen

Die „Niobe“ gibt ihre Toten heraus

Die Stadt Kiel im Zeichen der Trauer

Kiel, 20. August. Die Bergung der „Niobe“ hat erhebliche Fortschritte gemacht. Nachdem gestern um 22 Uhr eine Ruhepause für die Bergungsmannschaften eingelegt werden mußte, wurden heute morgen bei Tagesanbruch die Arbeiten wieder aufgenommen. Man begann mit dem Zerlegen des Rumpfes unter der Wad. Um 10 Uhr wurden zwei weitere Schiffe in den Wohnraum der Stammbefugung hineingeführt. Durch das Zerlegen dieser Räume ist der Schiffsbau jetzt etwa einen bis anderthalb Meter weiter aufgetaucht. Bei einer Durchsicht der bisher zugänglichen Räume wurde als erster Toter aus dem Katerkammer durch ein Oberlicht der Seeoffizier Werner Bruner aus Oranienburg in Thüringen geborgen.

Auf den Bergungsschiffen wurden die Flaggen auf halbmast gesetzt. Der Ostkapitän brachte die Leiche sofort mit dem Arsenaldampfer „Gunit“ nach Kiel.

Am Sonnabendmorgen liegt frühender Sonnenschein über der Obestelle der „Niobe“ in der Heikendorfer Bucht. Das Bild hat sich gegenüber Freitag nur wenig geändert. Beim ersten Anblick meint man sogar, einen Rucksack mit Leichen zu müssen, denn der Bug des auf der Backbordseite liegenden „Niobe“-Wracks ist wieder tiefer eingesunken. Dafür hat sich aber das Heck gehoben.

Man sieht jetzt auch die Felling des Kateraufbaues mit Seegelschleppern. Auf der hinteren Steuerbordwand steht im blauen Felde der weiße Name „Niobe“.

Das Deck des Vorder- und des Kateraufbaues ist zu zwei Dritteln frei, während das Hauptdeck noch beinahe völlig unter Wasser liegt.

Das Wrack liegt in seiner ganzen Länge hoch über dem Wasser, allerdings noch immer etwa dreifig Grad nach Nordwest geneigt. Taucher sind wiederholt an Werk, große Pumpenrohre sind angelegt, aus denen Wasser aus dem Inneren des Wracks ausgestoßen wird. Heute früh um 7 Uhr gelangte ein Taucher zum ersten Male in das Schiffsinne. Er förderte einige lose Stücke wie Platten, Fenster und Türen an Land. Die Bergungsarbeiten werden sich jetzt sehr schnell zu Ende führen lassen, da das Wetter sehr gut ist. Heute früh krönten bereits wieder

Gunderie von Jahnauern an die Kieler Landungsbrücke, um sich nach Heikendorf übergeben zu lassen, von wo aus man den besten Überblick über den Stand der Bergungsarbeiten hat. In Heikendorf werden auch heute wieder die Landungsbrücken von Gendarmen und Schupolizei abgesperrt, die nur Inhaber von Dampferkarten passieren lassen.

Western abend fand in einer blässigen Dämmerung eine würdige Totenfeyer für die Besatzenden der „Niobe“ statt, die insbesondere dem ehemaligen Schüler des Kieler Gymnasiums, der bei dem Untergang der „Niobe“ sein junges Leben lassen mußte.

Arbeitsbeschaffung

Vor die seltenste parlamentarische Konstellation, die Deutschland seit Jahr und Tag erlebt hat, will das Reichslabiet in knapp 14 Tagen mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm und Vorschlägen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit treten. Die Grundzüge dieses Programms sind in den letzten Tagen lebhaft erörtert worden; es mag genügen, sie kurz zu wiederholen: Da ist zunächst die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit dem Fernziel, für bestimmte Jahrgänge die Arbeitsdienstpflicht vorzubereiten, ferner die Ausdehnung der Siedlungsstätigkeit, die Förderung der Tarifabschlüssen, und schließlich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Ausmaße von mehreren 100 Millionen Mark, um dessen Finanzierung hinter den Türen der Reichsregierung in den letzten Tagen ein jäher Kampf mit der Reichsbank geführt worden ist. Aber gleichgültig, ob sich die Reichsbank dazu bewegen läßt, über den vollen Einsatz des Mängelgewinnes hinaus noch einige hundert Millionen Finanzierungswechsel herinzunehmen oder nicht, — niemand sollte sich darüber täuschen, daß selbst der Einsatz einer halben Milliarde, gemessen an der allgemeinen Wirtschaftsmisere und Produktionskrumpfung, zu gering ist, um für sich allein die allgemeine Wirtschaftsbelebung und den Konjunkturaufschwung zu bringen. Jede Arbeitsbeschaffung, auch die geringste, die Betriebe in Gang und Arbeiter in Brot setzt, ist willkommen zu heißen; nur sollte man sich dabei vor übertriebenen Hoffnungen hüten und über die direkte staatliche Arbeitsbeschaffung die Forderung nach weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates nicht vergessen, die über das notwendigerweise begrenzte Ziel des Arbeitsbeschaffungsprogramms hinaus eine belebende und befruchtende Dauerwirkung erzielen können.

Um sich über diese Notwendigkeiten klar zu werden, muß man das Prinzip und die Methoden der bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramme durchleuchten, von denen sich auch das jetzt vorbereitete nicht unterscheidet. Mittel der öffentlichen Hand, also letzten Endes Steuer-

mittel, werden eingesetzt, um damit bestimmte Auftragserteilungen an einen Kreis von Wirtschaftszweigen zu ermöglichen und damit so und so viel tausend Arbeitern auf bestimmte Zeit Arbeit und Brot zu geben. Bei Licht besehen stellt sich der ganze Vorgang als eine Art Umgruppierung von öffentlichen Mitteln dar, deren Einsatz gleichseitig eine entsprechende Senkung der Arbeitslosenlöhne und eine gewisse Entlastung in der Finanzverwaltung anderer öffentlicher Mittel zur Unterhaltung der Erwerbslosen bewirkt. Es werden dabei Werte geschaffen. Wie groß sie sind, hängt davon ab, ob sich die Spanne zwischen dem Einsatz öffentlicher Mittel hier und der Einsparung öffentlicher Mittel dort gegenseitig aufhebt. Die Erfahrungen, die beispielsweise die Deutsche Reichsbahn mit ihren großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammen gemacht hat, sind nicht sehr ermutigend. Man entsetzt sich, wie seinerzeit die Reichsbahn zur Wirtschaftsanfurbelung durch Tarifsenkungen beitragen wollte, und auf der anderen Seite alle ständigen Mittel mobilisierte, um große Aufträge an die Wirtschaft zu geben, die selbstverständlich freudig begrüßt wurden. Nach dieser Seite hin ist die Angelegenheit klar. Wie steht es aber um den Auftraggeber?

Gewiß, es sind Werte geschaffen worden, aber kaufmännisch und bilanzmäßig gesehen ist der Ruffekt für die Reichsbahn selbst ziemlich fragwürdig. Ihre Liquidität ist auf das äußerste angespannt, Ueberschüsse und damit echte wirtschaftliche Bewegungsfreiheit sind dahin. Das größte und lebenswichtigste deutsche Unternehmen bucht die für die Arbeitsbeschaffung ausgegebenen Beiträge heute zunächst auf der Verlustseite, weil ja die gegebenen Aufträge nicht auf echten Ueberschüssen finanziert wurden und überdies der Verkehrsapparat als solcher auch noch auf Jahr und Tag hinaus ohne die Durchführung der im Arbeitsbeschaffungsprogramm in Angriff genommenen Großaufträge auskommen würde. Damit ist der Finger auf die Stelle gelegt, wo die Problematik aller öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme einsetzt.

Wie sind selbstverständlich weit davon entfernt, diesen oder jenen Wirtschaftszweigen, die vielfach am Rande des Ruins um jeden kleinen oder größeren Auftrag bangen, gleichgültig, ob er aus Staatsmitteln oder von sonstigen Auftragsgebern kommt, zu verbieten, daß sie genau so wie breite Arbeitnehmerschichten ungebildet auf die Auftragserteilungen warten. Zur Erörterung steht hier nicht der Einzelfall, sondern das Prinzipielle. Und davon muß einmal gesprochen werden! Rüstern betrachtet liegen nämlich die Möglichkeiten des Staates im Hinblick auf eine Wiederanfurbelegung der Wirtschaft mehr auf dem Gebiete der Wirtschaftsbelebung, als auf dem der direkten Arbeitsbeschaffung. Inwieweit es ihm finanziell möglich ist, selbst Aufträge zu vergeben, muß natürlich alles geschehen. Darüber hinaus gehört es aber zu den Aufgaben des Staates, durch weitergehende Maßnahmen die Voraussetzungen für eine allgemeine und dauerhafte Wiederbelebung der Wirtschaft zu schaffen. Der Grundtag heißt

Das „Aufbauprogramm“ der SPD. - reine Agitation

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. August. Die Sozialdemokratische Partei gibt heute ihr „sozialistisches Aufbauprogramm“ bekannt, mit dem sie vor den Reichstag zu treten gedenkt. Dieses Programm ist deshalb von einiger Bedeutung, weil es die Fassung im wesentlichen von dem Gesichtspunkt beherrscht wird, die Nationalsozialisten im Reichstag durch verlockende sozialistische Vorschläge in Schwierigkeiten zu bringen.

Zunächst fordert das Programm die Aufhebung der Rotverordnungen vom 14. Juni und Wiederherstellung der in dieser Rotverordnung erheblich gekürzten sozialen Leistungen.

Kuch taucht die Forderung wieder auf, daß im Winter Kartoffeln und Kohlen den Arbeitlosen kostenlos zur Verfügung gestellt und das Fleisch verbilligt werden müßte. Umlangreich ist der Teil des Programms, der sich mit der Arbeitsbeschaffung und Kürzung der Arbeitszeit befaßt. Die öffentliche planmäßige Arbeitsbeschaffung soll, so fordern die Sozialdemokraten, durch Verteilung von Arbeiten im Werte von 1 Milliarde Mark gefördert werden. Zu den öffentlichen Arbeiten sollen die Hausreparaturen, die Förderung der Siedlung, die kollektive Selbsthilfe der Arbeiter und auch die Schulung der Jugendlichen hinzutreten. Das Programm fordert die Auslegung einer Prämien- bzw.

Zwangsanleihe in Höhe von 500 Millionen Mark.

Der Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit müsse gebrochen werden. Weiter fordert man Mietbeihilfen, Erleichterung eines Schuldenerlassungsamts, Hilfe für die ländlichen Pächter, Offenlegung der Steuerlisten, Schaffung von

Staatsmonopolen für Tabak, Öl und Branntwein,

Streichung der Farkenscheidungen und grundsätzlichen Umbau der gesamten deutschen Wirtschaft im Sinne einer Planwirtschaft; unter Verstaatlichung sämtlicher Großbanken und Schlüsselindustrien und Enteignung des Grundbesitzes im agrarischen Osten.

Mit diesen Vorschlägen, die zum größten Teil keine Aussicht und auch keine Möglichkeit der Verwirklichung haben, kennzeichnet sich die sozialdemokratische Opposition von vornherein als hemmungslose Agitation. Man fragt sich nur, warum die SPD. ein solches Programm nicht vorgelegt und durchgeführt hat, als sie die Möglichkeit dazu hatte, nämlich solange sie an der Macht war.

Dr. Gerete Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung?

Berlin, 20. August. Wie die „Tägliche Rundschau“ wissen will, beabsichtigt die Reichsregierung, einen besonderen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Der Präsident des Landgemeindeförderungsrates, Dr. Gerete, soll die meisten Ausichten haben.

Verwarnung des „Vorwärts“

Berlin, 20. August. Durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten wird der „Vorwärts“ wegen eines am 14. August veröffentlichten Artikels „Vordurch zum Reich“ verwarnt. Bei einem weiteren Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften wird dem Blatt ein längeres Verbot angedroht.

Piccard spricht nicht im deutschen Rundfunk

Berlin, 20. August. Am Freitag um 20 Uhr verkündete die Rundfunkkommission, daß Professor Piccard um 20.25 Uhr auf allen deutschen Sendern über seinen Stratosphärenflug sprechen werde. Nach längerem vergeblichem Warten mußte gegen 20.40 Uhr mitgeteilt werden, daß Professor Piccard entgegen der Ankündigung — nicht wünscht, daß seine Rede auch von den deutschen und österreichischen Sendern übernommen werde. Eine Anfrage bei der Rundfunkgesellschaft ergab, daß dort aus dem Grund der plötzlichen Abreise Piccards bisher noch nichts bekannt sei.

Piccard sprach jedoch kurz im italienischen Rundfunk über den Zweck seines Auftriegs.

Die Umgruppierung im Rundfunk

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 20. August. Die Umgruppierung im Rundfunk macht weitere Fortschritte. So wird jetzt der Reichsrundfunk-Kommissar, Dr. Scholz, weitere Ernennungen vollziehen. Zum führenden Kommissar für die preussischen Sender ist der Ministerialrat Strunz aus dem preussischen Staatsministerium in Aussicht genommen, für Berlin der Oberregierungsrat von Blum vom Oberpräsidium, als preussischer Kommissar für den Südwestdeutschen Rundfunk in Frankfurt ist Oberregierungsrat Dr. Dammacher vom Regierungspräsidium in Wiesbaden vorgesehen, für den preussischen Sender in Köln der Regierungsrat Theodor, für Königsberg Oberregierungsrat Dunkelbed.

Großer Sprengstoffdiebstahl bei Trier. Bei Semmer sind aus dem Lager des Generalvertriebers einer Eisen-Sprengstoffabrik 9 Kilogramm Ammonit und 52 Kilogramm Schwarzpulver gestohlen worden.

Die Strafanträge im Ohlauer Prozeß

Breslau, 20. August. Im Ohlauer Aufruhrprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen Gewerkschaftssekretär und Kreisleiter des Reichsbanners, Durnd, wegen Landfriedensbruchs, Waffenmißbrauches und schweren Aufruhrs vier Jahre Zuchthaus, gegen den Ortsgruppenleiter des Reichsbanners, Reich, wegen derselben Straftaten sechs Jahre Zuchthaus, gegen den Angeklagten Wartin (Water) wegen derselben Straftaten vier Jahre Zuchthaus, gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Wache wegen schweren Landfriedensbruchs und Kaufhandels vier Jahre Zuchthaus, gegen den Gewerkschaftssekretär Struik wegen einfachen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zwei Jahre Zuchthaus. Die Strafen beantragten Strafen wegen Landfriedensbruchs betragen sich zwischen vier Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis. In sechs Fällen wurde Freispruch beantragt.